

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

„Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“- KOMEKON

Im Jahre 1949, als Stalin und die sowjetische Führung über das völlige Mißlingen der Kominform schon keine Zweifel mehr hegten, beschloß Moskau, seine Bemühungen auf das Gebiet der *wirtschaftlichen Integrierung* der volksdemokratischen Länder zu konzentrieren. In diesen Plänen spielt der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, im Westen KOMEKON genannt, eine besonders wichtige Rolle. Die Gründungsmitglieder des Rates waren: Albanien, Bulgarien, Tschechoslowakei, DDR, Polen, Rumänien, Ungarn und die Sowjetunion. Die Zentrale des Rates befand sich in Moskau, und zwischen 1949 und 1953 besaß er den Charakter einer mächtigen Handelsorganisation. Durch besondere Maßnahmen gelang es Moskau in sehr kurzer Zeit, die wichtigsten Positionen des volksdemokratischen Exports und Imports in den Händen des Rates zu konzentrieren. Moskau leitete eine Diskriminierungspolitik gegen den separaten Handel der volksdemokratischen Länder mit dem Westen ein. In einigen Fällen wurden sogar die brutalsten Methoden angewandt. Beispielsweise in dem Prozeß gegen *Slansky* und Genossen spielten diese Diskriminierungsbemühungen eine wichtige Rolle; dies kam besonders zum Ausdruck bei den inszenierten Aussagen der Angeklagten *Frejka* und *Frank*. Beide gaben zu, daß sie „wirtschaftlich ungünstige Transaktionen mit dem Westen führten“ und daß sie gleichzeitig „unverschämt hohe Preise für die

tschechoslowakischen Exporterzeugnisse für die Sowjetunion festgesetzt hatten¹⁾“.

In sehr kurzer Zeit konnte Moskau mit Hilfe des Rates sein Ziel erreichen. Die Erfolge waren verblüffend, wenn es darum ging, den Handel der volksdemokratischen Länder zu beherrschen. Neben der Tschechoslowakei wurden Polen und die DDR am stärksten von diesen ausbeuterischen Methoden des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ betroffen. Auch andere Maßnahmen des Rates waren für die Partner des KOMEKON von Nachteil.

Es war daher kein Wunder, daß nach dem Tode Stalins und angesichts der darauffolgenden Lockerungserscheinungen in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern die KOMEKON-Partner gegen diese Politik Front machten.

Es wäre noch festzustellen, daß um den XX. Parteitag der KP der Sowjetunion und kurz nachher der sowjetische Standpunkt in bezug auf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht, sehr kritisch war. Während des XX. Parteitages waren verschiedene Maßnahmen mehrfach verurteilt worden. Es genügt, an die Rede *Mikojans* zu erinnern, der unter anderem die Auflösung der gemischten Gesellschaften in den volksdemokratischen Ländern als einen gerechten Schritt des ZK der KP der Sowjetunion in Richtung „der Achtung der souveränen Rechte der anderen Völker“ bezeichnete. Auch ein anderes Dokument, die „Erklärung der Regierung der Sowjetunion über die Grundsätze der Entwicklung und Weiterfestigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern“, die am 31. Okto-

1) Darüber genaueres: „Masses-Information“, Paris, 3. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar-Februar 1953, sowie Paul Barton, „Prague à l'heure de Moscou“, Edition Pierre Horay, 1954.

ber 1956 veröffentlicht wurde, sprach von den „zahlreichen Fehlern in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, Verletzungen und Fehlern, die das Prinzip der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten verminderten“.

Diese vernünftigen kritischen Stimmen scheinen bedauerlicherweise der Vergangenheit anzugehören. Es genügt, den Artikel über KOMÉKON in „Woprosy Ekonomiki“ Nr. 10/1957 durchzulesen, um zu erfahren, daß jetzt die gesamte Politik des Rates in der Stalin-Ära wiederum als „völlig richtig“ angesehen wird. Der erwähnte Artikel verschweigt den Handelscharakter des Rates bis zum Tode Stalins. Es wird darin behauptet, daß sich der Rat schon im Jahre 1949 mit der Perspektiven Planung der volksdemokratischen Wirtschaft beschäftigte. Es wird versucht, die Dinge so darzustellen, als ob sich der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ auch in den Jahren 1949 bis 1953 die Arbeitsaufteilung im Rahmen der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder als wichtigste Aufgabe gestellt hätte.

Ganz anderer Meinung ist z. B. der polnische Minister Dr. S. Jedrychowski, der Vorsitzende der Planungskommission beim Ministerrat der polnischen Volksrepublik, der in „Trybuna Ludu“ vom 19. November 1957 in folgender Weise die frühere Tätigkeit des KOMÉKON charakterisierte: „In der Anfangsphase des Bestehens des Rates begrenzte dieser seine Tätigkeit auf den Sektor der Handelsbeziehungen und beschäftigte sich nur fragmentarisch mit den Produktionsproblemen. Wesentliche Veränderungen in der Arbeit des Rates erfolgten erst im Jahre 1954.“

*

Die sowjetischen Quellen²⁾ nennen zwei wichtige negative Symptome, die für die Wirtschaftslage in den Jahren 1953 bis 1954 typisch waren und die eine Reorganisation des Rates bedingten. Nach Stalins Tod kam es zunächst zu einer „Erschütterung der Proportionen“ zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen; ein Prozeß, der sich zuerst in der Sowjetunion während der Malenkow-Ära vollzog. Man wollte damals möglichst schnell den Lebensstandard der Bevölkerung verbessern, und zwar mit Hilfe einer Forcierung der Konsumgüter und Leichtindustrie, bei Verminderung der Tempi der Schwerindustrie. „Woprosy Ekonomiki“ berichtet, daß verschiedene volksdemokratische Länder damals die Bestellungen von Maschinen und Betriebsausrüstungen annullierten und auch begannen, die Entwicklung der Schwerindustrie zu vernachlässigen.

Als zweites negatives Symptom zeigten sich „autarkische Tendenzen“, die zu einer Gefährdung jeglicher Zusammenarbeit zwischen

2) Ausgewertetes Material aus „Trybuna Ludu“ vom 9. November 1957, „Zycie Warszawy“ vom 9. und 13. November 1957, „Prawda“ vom 24. November 1957, „Woprosy Ekonomiki“ Nr. 10/57 S. 32—41.

den volksdemokratischen Ländern geführt haben.

Im Jahre 1954 wurden in der Sowjetunion die Maßnahmen für die Beseitigung der „wirtschaftlichen Disproportionen“ getroffen, und dabei wurde die Investierungspolitik zugunsten der Landwirtschaft geändert; wichtige Pläne für eine sofortige Hebung der landwirtschaftlichen Produktion wurden ausgearbeitet. Die Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft war in einzelnen volksdemokratischen Ländern ebenfalls ein dringendes Gebot der Stunde. Im Jahre 1954 wurde der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ reorganisiert. Wiederum aktiv, begann er seine Arbeit mit der Ausarbeitung der Pläne für die Verbesserung der Landwirtschaft. Auf diese Weise konnte der Rat im Jahre 1954 seine Arbeit in einer ziemlich günstigen Atmosphäre aufnehmen.

Seit dieser Zeit verwandelte sich der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ immer mehr zu einem mächtigen Apparat der *wissenschaftlichen Perspektivplanung*, welche die Wirtschaft aller europäischen volksdemokratischen Länder umfaßte und deren laufende Wirtschaftspläne mit demjenigen der Sowjetunion koordinierte.

Im Dezember 1955 fand die VI. Session des Rates statt, die sich mit den allgemeinen Grundsätzen der Perspektivplanung der volksdemokratischen Länder beschäftigte. Es wurden Maßnahmen zur Liquidierung der Rückstände auf dem Gebiet der Rohstoff- und Brennmaterialversorgung getroffen. Außerdem setzte man fest, wie die Produktion gleicher oder ähnlicher Maschinen sowie sonstiger Erzeugnisse in den volksdemokratischen Ländern geregelt werden sollte.

Im Mai 1956, während der VII. Session des Rates in Berlin, wurde beschlossen, die Initiative der einzelnen Partner in Form von zwei- oder mehrseitigen Wirtschaftsabkommen zu fordern und 13 Branchenkommissionen beim Rat zu gründen. Diese sollen ihre Sitze in den verschiedenen Hauptstädten der volksdemokratischen Länder haben und von dort aus die Koordinierung der betreffenden Branchen steuern. Während der VIII. Session des Rates im Juni 1957 wurde endgültig eine Einigung über die Ausarbeitung der Perspektivpläne der volksdemokratischen Länder für 10 bis 15 Jahre erzielt.

*

Alle Gründungsmitglieder des Rates werden durch einen Bevollmächtigten im Rat vertreten. Im Prinzip ist das ein stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates des betreffenden Landes. Dieser hat einen ständigen Vertreter in Moskau. Die laufenden Arbeiten des Rates werden durch ein Sekretariat erledigt, und die Beschlüsse des Rates können nur mit Zustimmung aller interessierten Länder gefaßt werden.

China, Korea und die Mongolei haben beim Rat ständige Beobachter. Während der VII. und VIII. Session des Rates waren auch jugoslawi-

sche Beobachter zugegen; nach den letzten Meldungen jedoch sind die Beziehungen der Jugoslawen zum Rat wieder kühler geworden.

Die gegenwärtige Tätigkeit des Rates konzentriert sich in erster Linie auf die Ausarbeitung der Perspektivpläne bis zum Jahre 1975. Die Perspektivpläne beziehen sich vor allem auf jene Industriezweige in den volksdemokratischen Ländern, die der gegenseitigen Belieferung dienen sollen. Auf diese Weise erhielten die einzelnen volksdemokratischen Länder wissenschaftlich bearbeitetes Material, das für einzelne Wirtschaftspläne ihrer Länder von großer Wichtigkeit ist. Die Wirtschaftsexperten der volksdemokratischen Länder meinen, daß eine solche mehrjährige Perspektivplanung und eine entsprechende Koordinierungspolitik es erlauben werden, die einzelnen Wirtschaftszweige für jedes Land mit besten Effekten und niedrigsten Selbstkosten zu entwickeln. Bei einer solchen Planung wird auch ein Absatz jener Produkte, die in den einzelnen Ländern in höchstem Maße erzeugt werden, auf mehrere Jahre im voraus gesichert.

Besondere Aufmerksamkeit verdient eine *gemeinsame Investierungspolitik* bei der Verwirklichung von solchen Plänen, deren Durchführung die Möglichkeiten eines Landes übersteigt. Auf diesem Gebiet sind bereits wichtige Verträge zwischen Polen, der Tschechoslowakei und der DDR abgeschlossen worden (Ausbau der Braunkohlenindustrie in Polen, Ausbeutung der polnischen Schwefelvorkommen, gemeinsame Pläne über den Bau eines Atomkraftwerkes usw.).

Man muß im allgemeinen feststellen, daß die Tätigkeit des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ immer festere Formen annimmt und daß sie in der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der osteuropäischen Länder immer spürbarer wird. Wahrscheinlich sind noch nicht alle Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Hauptaufgaben des Rates zwischen den einzelnen Partnern endgültig beseitigt. Z. B. meint „Woprosy Ekonomiki“, die zweifellos einen sowjetischen Standpunkt präsentiert, daß in dem „sozialistischen Weltsystem“ sich nur zwei Staaten den vollkommenen Ausbau einer Nationalwirtschaft erlauben könnten, die Sowjetunion und China, welche die entsprechende Rohstoffbasis und andere Voraussetzungen für diesen Zweck besitzen; andere europäische volksdemokratische Länder dagegen sollen sich nach dem sowjetischen Standpunkt nicht mit dem Ausbau der Nationalwirtschaft beschäftigen, sondern ein System der gegenseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit entwickeln, weil kein europäisches volksdemokratisches Land die notwendigen Voraussetzungen für eine selbständige und vollkommen funktionierende Nationalwirtschaft besitzt.

Der polnische Planungschef *Jedrychowski* scheint aber erheblich anderer Meinung zu sein, denn er betonte vor kurzem: „Unsere Zu-

sammenarbeit verstehen wir auf solche Weise, daß sie der Industrialisierung der einzelnen Länder in demjenigen Ausmaß dienen soll, wie es von diesem Land gewünscht wird.“ Die Verfolgung der letzten Vorgänge im KOMEKON ergibt, daß die Sowjetunion aus der Erfahrung einige Konsequenzen gezogen hat. Der Rat hat keinen administrativen Charakter mehr, und im Vordergrund der gesamten Tätigkeit stehen Zusammenarbeit und Koordinierung. Einzelnen Partnern wird eine ziemlich weitgehende Initiative gesichert, die besonders bei Abschluß verschiedener zwei- und mehrseitiger Sonderverträge zum Ausdruck kommt.

Die sowjetischen Experten gehen davon aus, daß es unter den Partnern des KOMEKON neben so stark entwickelten Ländern wie die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und die DDR zurückgebliebene und hilfsbedürftige Länder gibt. Praktisch bedeutet dies, daß die mehrentwickelten Länder einige Opfer zugunsten der anderen KOMEKON-Partner auf sich nehmen müssen. Es scheint, als ob die Sowjetunion sich in erster Linie um Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien bemüht, und als ob die Tschechoslowakei, die DDR und Polen ihrerseits einen Komplex für sich bilden. Die größten Opfer muß weiterhin die Tschechoslowakei bringen; jedoch auch die DDR hat in der letzten Zeit verschiedene Verträge mit Polen abgeschlossen, die offensichtlich für Warschau von Vorteil sind.

B. Lewytskyj

Ist der afro-asiatische Neutralismus neutral?

Kairo war Ende Dezember 1957 Schauplatz einer Großkonferenz, die auf westlicher Seite ernste Zweifel an der Neutralität des afro-asiatischen Neutralismus zwischen Ost und West nährte. Tatsächlich boten Zusammensetzung und Verlauf dieser „Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz“ für solche Zweifel viele Anhaltspunkte. Ihre Veranstalter hatten der Konferenz ausdrücklich die Aufgaben einer Neutralistentagung im „Bandung-Geist“ zugesprochen; im Geist jener Richtlinien für eine „Nichteinmischungspolitik“ gegenüber dem kalten Krieg zwischen Sowjetblock und westlicher Welt also, wie sie von asiatischen und afrikanischen Politikern 1955 auf einer Tagung in Bandung ausgearbeitet worden waren. An der Bandung-Konferenz war den Sowjets die aktive Teilnahme ausdrücklich verwehrt gewesen. Kairos Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz konnte demnach schwerlich im „Geist von Bandung“ handeln, als sie die Teilnahme einer starken Delegation aus der Sowjet-Union zuließ. Daß die politischen Entschließungen der Konferenz sich zudem nahezu vollständig gegen den Westen richteten, machte die Verwirrung noch größer. Westliche Beobachter versuchten, sich aus dieser Verwirrung zu befreien, indem sie die

Konferenz als „kommunistische Tarnveranstaltung“ einordneten.

Wenn es sich bei der Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz nur darum gehandelt hätte, brauchten über sie keine Worte mehr verloren zu werden. Ihre Bedeutung lag aber gerade darin, daß von den rund 450 Delegierten aus 42 afrikanischen und asiatischen Ländern die große Mehrheit keineswegs vorsätzlich der sowjetischen Politik Hilfestellung zu leisten beabsichtigte. Vielmehr ging es den meisten Delegierten darum, im Namen der afrikanischen oder asiatischen Nationalbewegungen zu sprechen, denen sie angehören. Man wollte die Zielsetzungen und besonderen Probleme dieser Bewegungen einander erläutern und nach Möglichkeiten enger Zusammenarbeit suchen. Die sowjetische Delegation, obwohl noch verstärkt durch Delegierte aus kommunistisch regierten Ländern Asiens, wurde dabei nicht als störend empfunden. Deswegen war die Kairoer Konferenz ein deutliches Zeichen für jene starke Annäherung zwischen der sowjetischen Politik und den „neutralistischen“ Nationalbewegungen der Afro-Asiaten, die sich seit Bandung vollzogen hat.

Den Preis dieser Annäherung haben bisher die Sowjets bezahlt. Ganz eindeutig war das zum Beispiel der Fall in bezug auf den arabischen Nationalismus. Nicht die arabischen Nationalisten sind Urheber dieser Annäherung, sondern die sowjetische Nahostpolitik hat sich seit 1955 mehr und mehr den Wünschen des arabischen Nationalismus angenähert; zunächst unter Ausnutzung des arabisch-israelischen Konflikts — mit billigen politischen Schmeicheleien und Waffenlieferungen nach Syrien und Ägypten, später durch Gewährung eines großzügigen Wirtschaftskredites in Höhe von insgesamt 1,2 Md. DM an die beiden radikal-nationalistisch regierten Araberstaaten. Ähnliches vollzog sich im kleinen nun auch auf der Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz: Die Delegierten aus dem Bereich des Sowjetblocks operierten pro-nationalistisch.

Diese sowjetische Taktik war nicht nur während der letzten drei Jahre recht erfolgreich — sie birgt für die Zukunft weitere Erfolgsaussichten. Es ist unwahrscheinlich, daß der afro-asiatische Nationalismus mit den Grundtendenzen der sowjetischen Nah- und Fernostpolitik über kurz oder lang in Konflikt gerät. Die Sowjets hüten sich, das politische Programm des afro-asiatischen Nationalismus zu überrunden. Dazu besteht vorerst auch keine Veranlassung. Aus dem Kairoer Kongreß ging noch einmal klar hervor, daß die Neutralität der führenden afrikanischen und asiatischen Nationalbewegungen sich in dem Entschluß erschöpft, jene militärischen Verteidigungssysteme zu meiden, die ein Produkt des kalten Krieges sind. Von diesem Entschluß aber ist nur der Westen betroffen, denn es gibt ohnehin keine sowjeti-

schen Gegenstücke zu dem britisch-amerikanisch inspirierten Bagdad-Pakt bzw. dem fernöstlichen SEATO-Pakt. Darüber hinaus hat der afro-asiatische Nationalismus politische Zielsetzungen, die mit westlichen Interessen stark kollidieren, zumindest mit den vermeintlichen oder tatsächlichen Interessen einzelner westlicher Länder — eine überaus günstige Konstellation für die Sowjets, denn was den afro-asiatischen Nationalisten nützlich erscheint, nützt auch ihnen!

Die schärfsten Angriffe gegen den Westen wurden nicht von Sowjetblock-Delegierten der Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz in Kairo geführt. Es nahmen an ihr auch Delegierte aus abhängigen Gebieten teil, Vertreter aus Kolonien und Protektoraten also. Kamerun, Kenya, Somaliland, Togo, Madagaskar, Algerien, Aden und die Scheichtümer am Persischen Golf; Goa und Neuguinea (West-Irian, wie die Indonesier sagen) waren vertreten — um nur einen Teil zu nennen. Die Delegierten der nationalistischen Bewegungen dieser Gebiete führten die schärfsten Angriffe gegen den Westen; in erster Linie gegen ihre „Mutterländer“ England, Frankreich, Belgien und Holland, aber auch gegen den Westen schlechthin. Der algerische Delegationsführer beschuldigte den Westen, über die NATO Frankreich Hilfe in seinem Kampf gegen die nordafrikanische Unabhängigkeitsbewegung zu leisten. Delegierte aus Zentralafrika warfen ihm vor, die belgische und französische Kolonialpolitik finanziell zu unterstützen, um sich an den Bodenschätzen ihrer Länder zu bereichern. Die Delegierten aus der britischen Kolonie Kenya behaupteten, der Westen habe mit „Greuelpropaganda über die Mau-Mau-Bewegung“ den afrikanischen Unabhängigkeitskampf verunglimpft. Die Serie der Anklagereden nahm während mehrerer Konferenztage kein Ende.

Da die nationalistischen Bewegungen der bereits souveränen afro-asiatischen Länder den Unabhängigkeitsdrang der noch kolonialen Gebiete bedingungslos unterstützen (und obendrein den Westen als feste Einheit betrachten), wird die westliche Politik gegenüber Afrika und Asien wohl solange defensiv bleiben, bis der traditionelle, von Westeuropa ausgehende Kolonialismus endgültig zu Grabe getragen worden ist. Die Kairoer Konferenz hat jedenfalls in 21 Entschlüssen eine unverzügliche Freigabe auch der letzten und kleinsten Kolonie auf asiatischem oder afrikanischen Boden gefordert. Und es erwies sich, daß zum Beispiel die arabischen Radikal-Nationalisten u. a. den Konflikt zwischen „Mau-Mau“ und britischen Siedlern in Kenya als Hinderungsgrund betrachten, sich mit der westlichen Politik zu arrangieren.

In dem rastlosen „Befreiungsdrang“ des afro-asiatischen Nationalismus offenbart sich nun freilich auch eine seiner wesentlichsten Schwächen — der Mangel an Selbstkritik und Konstruktivität. Die Erfolge des arabischen Natio-

nalismus bei der Bekämpfung des „äußeren Feindes“, des „Ur-Übels“ Kolonialismus, müssen darüber hinwegtrösten, daß er das Massenelend im Nahen Osten bisher nicht wesentlich lindern konnte. Der Konflikt um Neuguinea/West-Irian scheint die nationale Einheit des in sich zerfallenden Indonesiens noch einmal gerettet zu haben. Selbst Indiens großer Mann, Nehru, hat innenpolitische Krisen schon dadurch gemeistert, daß er auf die „Gefahr Goa“ verwies, den winzigen kolonialen Splitter im indischen Fleisch. So war es auch in Kairo. Gegensätze unter afrikanischen und asiatischen Ländern, Mißstände, die nur Afrika und Asien selbst angehen, kamen nicht zur Sprache oder wurden „angesichts der europäischen Gefahr“ kurz abgetan.

Es gibt aber eine ganze Reihe von schweren Mißständen, die nur behoben werden können, wenn Afrikaner und Asiaten unter sich guten Willens sind. Somaliland zum Beispiel ist nicht nur in britischem, französischem und italienischem Kolonialbesitz; auch das afrikanische Kaiserreich Äthiopien hat einen Teil davon annektiert. In Ghana, der jüngsten Republik Afrikas, plündert nicht eine europäische Siedlerschicht das Volk aus, sondern eine dünne Schicht vornehmlich arabischer Wucherer. Das mittelalterlich regierte Königreich Jemen erhebt Anspruch auf die britische Kolonie Aden, obwohl die Unabhängigkeitsbewegung dieses Kolonialgebietes volle Selbständigkeit fordert. Große Teile des indonesischen Volksvermögens befinden sich in Händen arabischer Kolonisten. Der Haß der burmesischen Bauern gilt vor allem den indischen Geldverleihern.

Solche Gegensätze auszuräumen und die eigene Kraft stärker — um es sinnbildlich zu sagen — auf den Bau des neuen Hauses für die bereits unabhängig gewordenen Völker zu konzentrieren, wäre konstruktiv. Wie die Dinge jetzt liegen, wird der afro-asiatische „Befreiungsdrang“ mehr und mehr zu einem Dispositionspunkt der sowjetischen Strategie und Taktik im kalten Krieg. Von Neutralität kann unter solchen Umständen schwerlich noch gesprochen werden.

Peter Wald, Kairo

Wirtschaftsprognosen des Schwedischen Gewerkschaftsbundes

Der Schwedische Gewerkschaftsbund gibt in regelmäßigen Abständen in Broschürenform einen Situationsbericht über die wirtschaftliche Lage in Schweden heraus, so zuletzt über die Lage im Herbst 1957. Dabei werden offizielle amtliche Statistiken und Behördenberichte berücksichtigt. Wenn auch die leitenden Stellen in den verschiedenen Behörden zum großen Teil von Personen eingenommen werden, die von gleichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen ausgehen wie die Gewerkschaften, so werden doch die offiziellen Angaben von den Experten

der Landesorganisation (LO) kritisch unter die Lupe genommen, und es werden eigene Urteile und Prognosen für die nächste Zukunft erarbeitet.

Nüchternheit und eher eine Unter- als eine Überbewertung der Leistungen im eigenen Land sind den Schweden im allgemeinen eigen. Um so mehr beweist der vorliegende Bericht, daß trotz Ausbaus eines „Wohlfahrtsstaates“ die in deutschen Unternehmerzeitschriften so reichlich vorhandene Schwarzmalerei der schwedischen Wirtschaftslage und Wirtschaftsperspektiven ungerechtfertigt ist. Außerdem ergeben sich aus dem Bericht viele wertvolle Hinweise auf die Art der schwedischen Wirtschaftspolitik und Methoden der Wirtschaftsanalyse, wovon in der Bundesrepublik zum Nutzen der breitesten Bevölkerungsschichten vieles übernommen werden könnte.

Als Hintergrund für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage wird zunächst in großen Zügen die Entwicklung von 1952 bis 1956 aufgezeigt. Nach einer detaillierten Darstellung der Lage im Jahre 1957 wird auch die Konjunktur-entwicklung in der übrigen Welt genauer beleuchtet, eine Maßnahme, die wegen der starken Verbundenheit Schwedens mit dem Weltmarkt und damit für die Beurteilung seiner Exportaussichten notwendig ist.

Diese Abhängigkeit vom Ausland stellt neben gewissen innerwirtschaftlichen Unsicherheitsfaktoren eine Erschwernis für die Aufstellung der Prognosen dar, die alljährlich vorgenommen werden und dann ihren Niederschlag in einem Nationalbudget finden. Der Wert dieser Prognosen überwiegt jedoch weit diese Schwäche. Das ursprüngliche Nationalbudget wird aber auch im Verlauf des in Betracht kommenden Jahres an Hand der inzwischen eingetretenen Tatsachen überprüft und gegebenenfalls einer entsprechenden Revision unterzogen. Bei der Erarbeitung des Nationalbudgets für das folgende Jahr werden die dann vermutlich wiederum festzustellenden Abweichungen von der Wirklichkeit berücksichtigt, usf. Über die Gründe wird der Öffentlichkeit ausführlich Bericht erstattet.

Im Rahmen dieser Zeitschrift können natürlich nicht alle wertvollen Einzelheiten des Berichtes wiedergegeben werden. Eine Beschränkung auf die wesentlichsten Gesichtspunkte und Fakten ist notwendig. Aber wir wollen der Reihenfolge der Darstellung im LO-Bericht folgen, um daran die Methoden der LO-Forschungsabteilung zu illustrieren.

*

In dem im Mai bekanntgegebenen revidierten Nationalbudget für das Jahr 1957 war die Gesamtproduktion des Jahres auf 54,1 Mrd. Kronen (in Preisen des Jahres 1956) berechnet worden, was eine Produktionssteigerung gegenüber 1956 um 3 vH bedeutet. Der auf der „Zugang“-Seite der Bilanz außerdem zu registrierende Im-

portwert wurde auf 11,75 Mrd. Kronen geschätzt — ebenfalls 3 vH mehr als 1956. Für diese Summe von zusammen 65,85 Mrd. Kronen wurde folgende Aufteilung („Verwendung“) vorgesehen:

	in Mill. Kronen	Zunahme 1957 gegenüber 1956 gemäß revid. Nationalbudget
Private Investitionen	9 300	3 %
Staatliche } Investitionen .	6 950	2 %
Kommunale }		12 %
Lagervermehrung	250	—
Export	11 950	6 %
Privater Konsum	30 650	2 %
Staatliche } Konsumtion ..	6 750	4 %
Kommunale }		7 %
	65 850	+3 %

Die Forschungsabteilung der LO sah diese Prognose schon damals als zu pessimistisch an und beweist nun, daß sie damit auch recht behalten hat. Das Ergebnis ihrer detaillierten Untersuchung ist folgendes:

In der Industrie und im Baugewerbe war die tatsächliche Entwicklung besser als im Nationalbudget angenommen worden war. Die Produktion in der Forstwirtschaft und in den Kraftwerken entsprach den Erwartungen des Budgets. In der Fischerei und in der Landwirtschaft war die Entwicklung weniger günstig, in letzterer vor allem auf Grund einer schwachen Ernte. Insgesamt aber sei die Produktion — immer in Preisen von 1956 gerechnet — gegenüber dem Vorjahr um 4 bis 5 vH gestiegen. Rechnet man die besonders starke Einfuhrsteigerung, insbesondere von Januar bis August 1957, hinzu, so sei ein Zugang von Waren und Diensten gegenüber 1956 um 5 bis 6 vH festzustellen. Dieser erhöhte Zugang ermöglichte ein entsprechendes Mehr auf der Anwendungsseite. So lag denn auch der Export in den ersten acht Monaten des Jahres 1957 bereits fast doppelt so hoch, wie das Nationalbudget für das ganze Jahr gegenüber 1956 berechnet hatte.

Die Höhe des privaten Konsums habe der Annahme des revidierten Nationalbudgets entsprochen. Zu diesem Schluß gelange man sowohl, wenn man die Umsatzstatistiken der einzelnen Wirtschaftszweige wie wenn man die Entwicklung der disponiblen Einkommen und des individuellen Sparens der Berechnung zugrunde lege. Dagegen seien die privaten und öffentlichen Investitionen zusammen größer als im offiziellen Voranschlag, ebenso der öffentliche Konsum.

Die in der Tabelle (siehe weiter oben) angegebenen großen Investitionen durch Gemeinden

beruhen darauf, daß der Wohnungsbau weitgehend in deren Händen liegt und daß das Verkehrswesen, die Schulen und Krankenanstalten laufend stark vermehrt und verbessert werden. In bezug auf die Lagerhaltungen folgen die LO-Experten der im Nationalbudget niedergelegten Annahme, d. h., auch sie registrieren eine wesentliche Verminderung der Lageranhäufungen gegenüber 1956.

*

Bei Behandlung der Einkommensentwicklung wird einleitend darauf hingewiesen, daß auf das im Februar 1957 zwischen der LO und der schwedischen Arbeitgebervereinigung abgeschlossene Zweijahres-Abkommen seitens der Gewerkschaften bisher folgendermaßen reagiert wurde: In einer Reihe von Wirtschaftszweigen wurde das Abkommen, das in der Regel Lohnerhöhungen von 2 vH, doch nicht unter 10 Öre je Stunde vorsah, genau eingehalten. Das war neben dem größten Teil der Industrie auch im Baugewerbe und in der Forstwirtschaft der Fall, sowie in gewissen staatlichen Sparten. Für eine Reihe von Tarifverträgen wurde Punkt 4 des zentralen Abkommens mit Erfolg angesprochen, nach dem für einzelne Gruppen, nämlich solche mit ausgesprochen niedrigen Löhnen, stärkere Lohnerhöhungen vorgenommen werden könnten. So haben z. B. die Land- und Gartenarbeiter eine Steigerung von 6 vH, Seeleute von etwa 8 vH, die Textil- und Bekleidungsarbeiter von 3,5 vH, im Handel Beschäftigte von 4 vH zu verzeichnen. Schließlich gab es 1957 gewisse Gruppen, für die das zentrale Abkommen überhaupt nicht in Anwendung gebracht wurde. Das betrifft insbesondere staatliche und kommunale Angestellte und Beamte, bei denen die bisherige Gehaltsentwicklung hinter derjenigen in der Privatwirtschaft nachhinkte. Sie haben 8 bis 10 vH Gehaltserhöhungen erzielt.

Wichtig bei diesen Angaben ist natürlich die Kenntnis der absoluten Lohnhöhe. Die durchschnittlichen Stundenverdienste in der Industrie, einschließlich Überstunden- und Schichtzuschlag, Urlaubsgeld u. dgl. wurden für das Jahr 1957 auf 5,31 Kronen berechnet, davon z. B. in Erzgruben 6,75, in Eisen-, Stahl- und Kupferwerken 5,33, in der elektronischen Industrie 5,62, in Zeitungsdruckereien 6,28, in der Textil- und Bekleidungsindustrie 4,55, in der Schuhindustrie 4,96 Kronen. 1956 betrug die durchschnittlichen Industriearbeiter-Verdienste 5,04 Kronen je Stunde, die der Landarbeiter 3,39 Kronen je Stunde und die durchschnittlichen Monatsgehälter des Ladenpersonals (Einzelhandel) 848 Kronen. Daß die aus den Industriellen-Berichten ermittelte Gesamtlohnsumme stärker stieg, als aus den tarifvertraglichen Lohnerhöhungen hervorgeht, wird darauf zurückgeführt, daß die Zahl der Beschäftigten stieg und daß eine gewisse Umgruppierung von niedriger zu höher entlohnten Tätigkeiten stattfand.

Die Einkommen der selbständigen Landwirte und Waldbesitzer sind 1957 etwas gesunken. Durch ein besonderes staatliches Abkommen erhalten die Bauern aber eine Kompensation, wenn die Preise ihrer Produkte eine bestimmte Höhe unterschreiten. Die Einkommen aus dem Handel sind gestiegen, ebenso die Kapitaleinkünfte. Hier wirkte ein erhöhtes Zinsniveau mit. Zusammenfassend errechnen die LO-Experten für 1957 eine Steigerung der disponiblen Einkommen von 6 vH bei einer durchschnittlichen Preissteigerung gegenüber 1956 von 4 vH. Unter den Konsumtionsgütern wurden vor allem Tabak und Branntwein infolge Steuererhöhungen, teurer.

*

Die Analyse des *Arbeitsmarktes* ergibt im ganzen einen weiteren Rückgang der „Oberbeschäftigung“, d. h. einen besseren Ausgleich zwischen der Nachfrage und dem Angebot von Arbeitskräften. Es wird aber immer noch ein gewisser Mangel an bestimmten industriellen Fachkräften und an technischem Personal festgestellt. Sollten die Exportindustrien eine Abschwächung erfahren, so seien in anderen Industriezweigen Erweiterungen zu erwarten. Mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und nennenswerter Arbeitslosigkeit sei für die nächste Zukunft daher nicht zu rechnen. Die oberste Arbeitsmarktbehörde treffe Maßnahmen, um eine Oberführung von Arbeitskräften aus Gebieten mit Oberschuß nach solchen mit Arbeitskraftmangel zu erleichtern.

In diesem Zusammenhang kann auch kurz auf den Unkenruf eingegangen werden, den der Pressedienst des Deutschen Arbeitgeberverbandes (PDA) im Dezember 1957 von sich gegeben hat: „10 000 schwedische Textilarbeiter verloren seit 1950 ihren Arbeitsplatz“; das hohe Lohnniveau in Schweden sei schuld, daß die schwedischen Textilarbeiter ihre Arbeitsplätze verloren hätten, denn die schwedische Textilindustrie habe auf dem Weltmarkt immer weniger wettbewerbsfähig bleiben können. Für deutsche Gewerkschafter ist die logische Schlußfolgerung natürlich, daß deshalb die Löhne in anderen Ländern, insbesondere auch diejenigen der deutschen Textil- und Bekleidungsarbeiter, den schwedischen angeglichen werden müßten. Außerdem erstreckte sich der oben angegebene Verlust von Arbeitsplätzen über sieben Jahre, und vor allem „vergißt“ PDA darauf hinzuweisen, daß andere Wirtschaftszweige erweitert wurden und die früheren Textilarbeiter längst andere Beschäftigung fanden und sich dort zum großen Teil wahrscheinlich noch besser stehen als vorher.

*

Im Juli 1957 erfolgte eine Diskonterhöhung, die angesichts der noch guten Konjunktur eine

erhebliche Verstärkung der Einzahlungen bei den großen Geschäftsbanken bewirkte. Sie führte andererseits zu der beabsichtigten Verminderung der Kreditgebung, doch gilt dies nicht für den Wohnungsbau. Dieser wird durch Bestimmungen seitens der Regierung und der Reichsbank besonders begünstigt. Die starken Geldzugänge der Banken wurden zum großen Teil in Staatspapieren angelegt, was eine gewisse Kompensierung der in aufsteigender Tendenz befindlichen Staatsschuld bedeutet. Zugleich blieb eine gute Geldflüssigkeit bei den Banken, so daß schon wieder mehr Geld in die Wirtschaft einströmen konnte. Auch aus der am 1. Januar 1958 erfolgten Beseitigung einer besonderen Abgabe für Investitionen wird ein neuer Anreiz für die Unternehmer zu gesteigerten Investitionen abgeleitet. Die LO-Experten kommen zu dem Schluß, daß die 1958 durch die vom Reichstag beschlossene Erhöhung sowohl der „Volkspensionen“ wie des Kindergeldes (das in Schweden vom ersten Kind an gezahlt wird!) zu erwartende zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes getragen werden kann. Die Gewerkschaften haben gegen die zur Debatte gestellte Einführung einer allgemeinen Umsatzsteuer energischen Protest erhoben, weil sie höchst unsozial sei. Schweden hat bisher lediglich auf bestimmte Waren, je nach Reichstagsbeschluß, Sondersteuern gelegt.

Mit einer passiven Handelsbilanz ist zu rechnen. Aber den Schwierigkeiten stehen positive Faktoren gegenüber, darunter insbesondere große Frachteinnahmen aus dem Ausland, so daß mit einem Ausgleich der Zahlungsbilanz gerechnet werden kann. Die LO-Experten weisen darauf hin, daß der Import bei Konjunkturabschwächungen noch immer mehr zurückgegangen sei als der Export. Sie sind aber auch in bezug auf die Aussichten für den Export optimistisch, weil in neuerer Zeit die Technik, Depressionen entgegenzuwirken, auch in anderen Ländern immer mehr Eingang gefunden habe. Es wird die Möglichkeit zugegeben, daß die Produktionskosten in Schweden in nächster Zeit mehr steigen könnten als in verschiedenen anderen Ländern, eben wegen seiner guten Konjunktur und wegen der weiteren Steigerung der Kaufkraft im Lande. Das aber könne kaum vor 1959 Auswirkungen haben. Es sei aber noch nicht abzusehen, wie dann die Lage in anderen Ländern sich gestaltet habe. Auf Grund der bisher in Schweden gesammelten Erfahrungen glauben die LO-Experten versichern zu können, daß auch die dann eventuell auftretenden Schwierigkeiten durch staatliche finanzpolitische Mittel gemeistert werden. Eine Voraussetzung für diese Prognose ist allerdings, daß die großen weltpolitischen Konflikte keine Verschärfung erfahren.

Irmgard Enderle